

Drucksache

der Bezirksverordnetenversammlung Treptow-Köpenick von Berlin

VII. Wahlperiode

Ursprung: Antrag (dringl.), DIE LINKE, SPD, B'90Grüne

TOP: 046 / (14.12)

Antrag (dringl.)

gemäß § 21 (1) c GO

Drs.Nr.: VII/1334

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>	<i>Sitzung</i>	<i>Beratungsstand</i>
26.05.2016	BVV	BVV/VII/046	

Geflüchtete Menschen aus der Notunterkunft in der Glienicker Straße in ihrem sozialen Umfeld belassen

Die Bezirksverordnetenversammlung Treptow-Köpenick von Berlin möge beschließen:

Dem Bezirksamt wird empfohlen, sich beim Landesamt für Gesundheit und Soziales dafür einzusetzen, dass die für Juli 2016 geplant fertig gestellte Unterkunft, das ehemalige Abschiebegehwarsam in der Grünauer Straße, dem Arbeiter Samariter Bund zur Betreuung übergeben und die Menschen mit Fluchtgeschichte nach der Räumung der Sporthalle Glienicker Straße dort untergebracht werden und somit weiterhin im Sozialraum verbleiben können.

Begründung:

Die Menschen mit Fluchtgeschichte haben in den letzten Monaten viele und gute Kontakte zu Ihren Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern in der Unterkunft und zu den Einrichtungen und Bürgerinnen und Bürgern im Sozialraum Köllnische Vorstadt aufgebaut. So finden regelmäßig Deutschkurse durch ehrenamtliche Helfer statt, junge Mütter und Schwangere werden durch die Familienhebamme betreut, die Schülerinnen und Schüler werden in den umliegenden Schulen, der Grundschule in der Köllnischen Vorstadt und dem Alexander-von-Humboldt-Gymnasium unterrichtet, Kinder und Eltern der Unterkunft nutzen regelmäßig Angebote sozialer Träger und Sportvereine im Umfeld und beteiligen sich an Veranstaltungen im Sozialraum. Die Kontakte unter den Kindern, aber auch die sozialen Kontakte zu den Helferinnen und Helfern sowie Unterstützerinnen und Unterstützern haben sich in diesem herausfordernden Sozialraum gut entwickelt. Dies hat sich auch am 20.05.2016 beim sozialräumlichen Frühlingfest auf der Drachenwiese sehr positiv gezeigt. Diese sozialen Kontakte, die Begegnungen und das sich grad in der positiven Entwicklung befindliche Miteinander ist eine gute Basis zur Integration. Bei einer Verteilung der Menschen mit Fluchtgeschichte in andere Sozialräume, in andere Bezirke, zu anderen Betreibern mit anderen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern müssten diese vielseitigen Kontakte, diese integrativen sozialen Beziehungen erst wieder völlig neu aufgebaut werden und die Schülerinnen und Schüler müssten andere Schulen besuchen, dort neu ankommen, was für diese Menschen mit Fluchtgeschichte wieder ein völliger Neustart wäre. Daher wäre es sehr förderlich, wenn bei Räumung der Notunterkünfte in Sporthallen darauf hingewirkt wird, dass die engagierten Betreiber der Sporthallen mit den Menschen mit Fluchtgeschichte gemeinsam im Sozialraum in menschenwürdigen Unterkünften verbleiben.

Berlin, den 24.05.2016

Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE
Philipp Wohlfeil
und
Karin Kant

Vorsitzende der SPD-Fraktion
Gabriele Schmitz

Vorsitzende der Fraktion B'90Grüne
Andrea Gerbode